1 BvR 2153/08 vom 08.11.2012

Beigesteuert von
Mittwoch, 7. November 2012

Die Verfassungsbeschwerde betrifft einen zivilgerichtlichen Streit um das Ankaufsrecht eines Öffentlichen Nutzers an Grundstücken auf dem Gebiet der...

Die Verfassungsbeschwerde betrifft einen zivilgerichtlichen Streit um das Ankaufsrecht eines Öffentlichen Nutzers an Grundstücken auf dem Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik nach den Bestimmungen des Verkehrsflächenbereinigungsgesetzes (VerkFlBerG). Sie wirft mittelbar die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit der insoweit maßgeblichen Vorschriften über das Erwerbsrecht Öffentlicher Nutzer an Verkehrsflächen sowie über die Bemessung des Ankaufspreises auf (Ä 3 Abs. 1 und Ä 5 Abs. 1 VerkFlBerG).

Lesen Sie mehr in der Original-Quelle ...